

Gastbeitrag zur Rolle der Schweiz in der Friedensförderung

# Atomwaffen sollen geächtet werden

Die Schweiz gilt als humanitäres Land par excellence und setzt sich weltweit für die Friedensförderung ein. Zuletzt kündigte sie an, eine Friedenskonferenz für die Ukraine zu organisieren. Als neutrales Land kommt für sie ein Beitritt zur Nato und ihrer nuklearen Doktrin nicht infrage. Folgerichtig hat sich die Schweiz in der Vergangenheit starkgemacht für die Ausarbeitung des Vertrags für ein Verbot von Atomwaffen (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons, TPNW).

Der Bundesrat konnte sich jedoch trotz einem klaren Beschluss des Parlamentes noch nicht für einen Beitritt erwärmen. Grund dafür waren Befürchtungen, dass der bestehende Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (NPT) gefährdet wäre und dass die Schweiz ihre Beziehungen zur Nato nicht erschweren möchte. Vor diesem Hintergrund hat eine breit abgestützte Allianz vor kurzem die Lancierung einer Volksini-

tiative für den Beitritt der Schweiz zum TPNW angekündigt. Aufgrund der folgenden Argumente dürfte diese gute Chancen auf Erfolg haben.

Die Eindämmung der Weiterverbreitung von Atomwaffen, wie sie mit den bestehenden Instrumenten angestrebt wurde, hat nicht funktioniert. Mit Nordkorea, Indien, Pakistan, Israel und womöglich bald auch Iran sind weitere Atom-mächte entstanden, die alle in aktuelle Konflikte involviert sind. Die Atom-mächte sind ihren Verpflichtungen zur Abrüstung, die sie gemäss NPT eingegangen sind, bisher nicht nachgekommen. So sehr sie sich – wenn auch mit mässigem Erfolg – gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen eingesetzt hatten, so wenig waren sie selber bereit, abzurüsten.

Damit wurde das Missverhältnis zwischen Atomwaffenstaaten und Ländern, die über keine Atomwaffen verfügen, nicht reduziert. Ganz im

Gegenteil fühlten sich diejenigen Länder, die über Atomwaffen verfügen wollten, in ihren Bestrebungen gestärkt. Allerdings haben Atomwaffen Kriege nicht nur verhindert, sondern auch befeuert.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine ist unter dem russischen atomaren Schutzschirm erfolgt: Wäre Russland keine Atom-macht, hätte der russische Präsident Wladimir Putin keine Drohungen ausstossen können, die zu einer bewussten Begrenzung der westlichen Unterstützung der Ukraine geführt haben. Folglich hätte er es sich wohl mindestens zweimal überlegt, einen solchen Angriff zu wagen.

Daher braucht es einen anderen Ansatz im Umgang mit Atomwaffen: Sie sollen geächtet werden. Der Besitz solcher Waffen darf nicht mehr als statthaft oder rechtens gelten. Ein solches Vorgehen hat sich in den letzten Jahrzehnten bereits bei den biologischen und chemischen Waffen

bewährt. Auch wenn dort zunächst ebenfalls viele Staaten skeptisch waren, setzten sich die entsprechenden internationalen Normen schliesslich durch.

Heute brüstet sich kein Land mehr damit, über biologische oder chemische Waffenbestände zu verfügen, geschweige denn solche Waffen eingesetzt zu haben. Im Fall von Atomwaffen hat der Internationale Gerichtshof bereits verfügt, dass der Einsatz und selbst bereits die konkrete Drohung damit dem geltenden Völkerrecht widersprechen. Der TPNW will nun zusätzlich die Entwicklung, Produktion und den Besitz derartiger Waffen untersagen.

Die Schweiz wäre nach Österreich und Irland erst das dritte westeuropäische Land, das diesen Schritt machen würde. Dieser hätte jedoch eine besondere Bedeutung, denn der Schweiz kommt als Depositarsstaat der Genfer Konventionen eine besondere Verantwortung

für das humanitäre Völkerrecht zu. Wie kaum eine andere Waffen-kategorie verstossen Atomwaffen gegen dieses Recht, das in seinem Kern die Unterscheidung zwischen Armeen und der Zivilbevölkerung anstrebt.

Normen greifen nicht von heute auf morgen. Aber nur ein entschiedener Einsatz dafür kann einen Prozess starten, der in die entsprechende Richtung geht. Die besondere Verantwortung der Schweiz für das humanitäre Völkerrecht sollte diesen Schritt für Drittstaaten auch verständlich machen. Wer, wenn nicht die Schweiz, soll für die Schutzbedürftigkeit der Zivilbevölkerung in Kriegen einstehen?



**Laurent Goetschel**  
Professor an der Universität Basel und Direktor der Friedensstiftung Swisspeace

## Friedensgipfel «zum Scheitern verdammt»

**Ukraine-Krieg** Eine Friedenskonferenz auf höchster politischer Ebene: Die Ankündigung des ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski und von Bundespräsidentin Viola Amherd am Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos kam diese Woche überraschend. Der Weg zu Frieden ist jedoch weit. Die grosse Frage wird sein, ob Russland überhaupt bereit ist, an den Verhandlungen teilzunehmen.

Nach den Worten des russischen Botschafters in der Schweiz zu urteilen, stehen die Chancen dafür schlecht. «Die Schweizer Diplomatie hat beschlossen, sich an einer Initiative zu beteiligen, die ganz offensichtlich zum Scheitern verdammt ist», sagte Sergei Garmonin gemäss der «Sonntags-Zeitung». Eine dauerhafte Friedensregelung sei nur möglich, wenn auch russische Forderungen berücksichtigt würden.

Zudem kommt für Garmonin eine Schweizer Vermittlung «nicht mehr infrage». Die Schweiz unterstütze die «antirussische Linie des kollektiven Westens konsequent» und habe dadurch «ihre Rolle als unparteiliche internationale Vermittlerin vollständig» verloren. (rwa)